

Öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Karlsruhe

Die Schwarz Rohstoff GmbH, Robert-Bosch-Ring 22-23 in 75038 Oberderdingen-Flehingen, beantragt auf den Flurstücken Nr. 10970 – Nr. 10975 in Oberderdingen-Flehingen die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines Verwertungszentrums für Altfahrzeuge und Kfz-Bauteile, Werkzeuge sowie weitere Abfälle aus der Kfz-Entwicklung.

Das Vorhaben bedarf einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach den §§ 4, 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie den Nummern 8.9.1.2 (V), 8.9.2 (V), 8.11.2.1 (G, E), 8.11.2.4 (V), 8.12.1.1 (G, E), 8.12.2 (V), 8.12.3.2 (V) sowie 8.15.1 (G) des Anhangs 1 der 4. BImSchV. Bei der Anlage handelt es sich um eine Anlage gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2010/75/EU. Das Regierungspräsidium Karlsruhe führt ein förmliches Genehmigungsverfahren (§ 10 BImSchG) durch.

Die Öffentlichkeit ist nach Maßgabe des § 10 Abs. 3 und Abs. 4 BImSchG, den entsprechenden Vorschriften der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG sowie dem Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (PlanSiG) an dem Verfahren zu beteiligen.

Der Antrag, die Antragsunterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, welche dem Regierungspräsidium Karlsruhe rechtzeitig vor Beginn der Offenlage vorlagen, lagen vom 10. Mai 2021 bis einschließlich 9. Juni 2021 bei der Gemeindeverwaltung Oberderdingen und beim Regierungspräsidium Karlsruhe während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Darüber hinaus konnten diese Unterlagen im Zeitraum von Montag, den 10. Mai 2021, bis Mittwoch, den 9. Juni 2021, unter

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/service/bekanntmachung/seiten/bekanntmachungen-bereich-umwelt-landkreis-karlsruhe/>

im Internet eingesehen werden.

Bis zum Ablauf der Einwendungsfrist am 9. Juli 2021 ging eine (gemeinsame) Stellungnahme von BUND, LNV und NABU beim Regierungspräsidium Karlsruhe ein. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in Ausübung des ihm zustehenden Ermessens beschlossen, **keinen Erörterungstermin** durchzuführen. Der für Dienstag, den 27. Juli 2021, ab 09:30 Uhr in der Eugen-Gültlinger-Halle, neben der Strombergschule Oberderdingen, Aschingerstraße 25 in 75038 Oberderdingen anberaumte Erörterungstermin findet nicht statt.

Die Entscheidung über den Genehmigungsantrag wird im STAATSANZEIGER und auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe öffentlich bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 13.07.2021

Regierungspräsidium Karlsruhe